

## Wahlprüfsteine der AfD Mecklenburg-Vorpommern zur Bundestagswahl 2017

Per e-Mail von: Dennis Augustin [mailto:d.augustin@augustin-architektur.de]  
Gesendet: Freitag, 11. August 2017 00:53  
An: schwerin@haus-und-grund-mv.de

### Betreff: Fragen an Parteien zur Bundestagswahl

Sehr geehrte Damen und Herren,  
nachfolgend sende ich Ihnen die mit Schreiben vom 31.05.2017 erbetenen Stellungnahmen zu den 10 übermittelten Fragen.

#### Frage 1

---

Die gesamte sogenannte „Energiewende“ hat ihre Begründung im Klimawandel und der Behauptung, daß dieser durch den Menschen verursacht werde. Diese Behauptung ist wissenschaftlich nicht bewiesen, sondern basiert auf Rechenmodellen, die weder das vergangene Klima, noch das aktuelle Klima korrekt beschreiben können. Es handelt sich hier um eine Ideologie, die mit religiösem Eifer verbreitet wird.

In Mecklenburg-Vorpommern spüren wir die Folgen dieser Politik unmittelbar. Abgesehen von den negativen Folgen der Windenergie für die Umwelt und die Kulturlandschaft, verteuert die Energiewende die Strompreise in erheblicher Weise. MV hat bereits heute die höchsten Strompreise in der Bundesrepublik. Hier findet eine Umverteilung von unten nach oben statt.

Darüber hinaus weiß ich als Architekt und Bauunternehmer aus meiner beruflichen Tätigkeit, welche Auswirkungen die EnEV, das EEWärmeG und das EEG auf das Bauen haben. Die Baukosten sind in den letzten Jahren dramatisch gestiegen und die Anforderungen an Neubauten werden kontinuierlich erhöht. Dabei werden die raumklimatischen und wohngygienischen Verhältnisse immer weiter verschlechtert. Die für die EnEV-Nachweise erforderlichen Berechnungen sind pseudowissenschaftlicher Mummenschanz, der mit tatsächlichen Verhältnissen nichts zu tun hat. Genutzt hat das alles insbesondere der Dämmstoffindustrie.

Die AfD ist für die Abschaffung der EnEV, des EEG und des EEWärmeG, damit das Bauen und in der Folge auch die Mieten kalkulierbar bleiben und Strom bezahlbar bleibt.

#### Frage 2

---

Die Grunderwerbsteuer ist eine Steuer, die den Erwerb von Immobilieneigentum verteuert und insbesondere für Menschen mit geringen Einkommen zusätzlich erschwert. Die GrESt. gehört zu denjenigen Kosten beim Immobilienkauf, die von Banken in der Regel nicht finanziert werden. Daher muss die GrESt. Durch Eigenkapital erbracht werden, was aber für die Finanzierung gebraucht wird. Hinzu kommt, daß private Immobilien in der Regel mit versteuertem Einkommen erworben werden. Dadurch werden die Menschen durch die GrESt. in erheblichem Maße enteignet. Durch die gravierenden Erhöhungen in den letzten Jahren in fast allen Bundesländern ist dieser Zustand noch immer weiter verschärft worden.

Die AfD ist daher für die Abschaffung der Grunderwerbsteuer.

#### Frage 3

---

Die sogenannten „intelligenten Stromzähler“ sind Teil der Energiewende. Sie zeichnen den Stromverbrauch minutiös auf und können den Stromverbrauch bestimmten Geräten zuordnen. Diese Informationen werden an die Versorger weitergeleitet, damit dieser die Stromerzeugung besser steuern kann. Dadurch wird aber auch Tagesablauf und Nutzungsverhalten der Verbraucher aufgezeichnet. Niemand weiß, wo diese Daten landen können. Denkbar ist, daß die Daten zur Werbung an entsprechende Unternehmen verkauft werden oder fremde in das Datennetz eindringen und Haushalte ausspionieren könnten. Und klar ist auch, daß die Kosten am Ende wieder durch die Verbraucher bezahlt werden müssen.

Die AfD lehnt die Einführung „intelligenter Stromzähler“ ebenso ab, wie die gesamte Energiewende.

#### **Frage 4**

---

Das Problem der ausufernden Wohnungseinbrüche sind nicht fehlende Abschreckung, sondern zualererst die unzureichende personelle Ausstattung der Polizei sowie die für jedermann offenen Grenzen unseres Staates. Derzeit werden gerade einmal rund 17 Prozent der Einbrüche aufgeklärt. Tatsächlich enden nur rund 2,6 Prozent der Wohnungseinbrüche mit einer Verurteilung. Die Wahrscheinlichkeit, nach einem Wohnungseinbruch zur Rechenschaft gezogen zu werden, ist für die Kriminellen also äußerst gering. Dabei ist festzuhalten, daß fast die Hälfte der Einbrüche auf das Konto Nichtdeutscher geht. Insbesondere osteuropäische Banden sind hier das Problem.

Die AfD fordert eine umfassende Reform der Polizei in Bund und Ländern. Neben der deutlichen Erhöhung des Personals ist auch Ausstattung und Bewaffnung zu verbessern. Dazu gehören, neben einer Verbesserung der Arbeitsbedingungen, auch bessere Bezahlung und soziale Absicherung.

#### **Frage 5**

---

Die Erhöhung des zulässigen Lärmpegels in „Urbanen Gebieten“ um 3 dB(A) lehne ich ab.

Problematisch ist der Entfall von Umweltprüfung, Umweltbericht, Ausgleichsmaßnahmen und Beteiligung der Träger öffentlicher Belange bei einer Entwicklung im Außenbereich. Bei Umwandlung von landwirtschaftlichen Flächen in Wohnbauflächen ist regelmäßig von Auswirkungen auf die Umwelt auszugehen.

#### **Frage 6**

---

Die Kommunen sollen selbst über die Erhebung von Straßenbaubeiträgen entscheiden und selbst festlegen dürfen, ob und in welcher Höhe die Bürger beteiligt werden. Die im Kommunalabgabengesetz festgeschriebene Pflicht zur Beteiligung der Bürger verwehrt den Kommunen die Möglichkeit, die Bürger von diesen Kosten freizuhalten. Immerhin führt die Erhebung von Straßenbaubeiträgen für viele Menschen zu erheblichen finanziellen Belastungen, die oftmals kaum bewältigt werden können. Die immer wieder angeführte Begründung, die Straßenbaubeiträge führten zu einer Wertsteigerung der anliegenden Grundstücke, ist völlig bedeutungslos. Denn diese Wertsteigerung kommt nur denjenigen zugute, die Grundstücke veräußern möchten. Wer sein Leben lang dort wohnen bleibt, wird von dieser Wertsteigerung nie etwas haben.

AfD tritt für die Abschaffung der Pflicht zur Erhebung von Straßenbaubeiträgen ein. Dazu hat die Landtagsfraktion der AfD bereits einen Gesetzentwurf in den Landtag eingebracht, der aber von den anderen Fraktionen abgelehnt wurde.

#### **Frage 7**

---

Die Schaffung von erschwinglichem Wohnraum ist eine wichtige gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Die Politik kann und muss dafür die Voraussetzungen schaffen.

Immobilieigentum ist noch immer ein wichtiger Baustein der Alterssicherung und schützt vor Altersarmut. Aber auch vor steigenden Mieten. Die Eigentumsquote in Deutschland liegt aber deutlich unter dem europäischen Durchschnitt. Daher ist neben der Schaffung bezahlbarer Mietwohnungen wichtig, die Eigentumsquote zu erhöhen und auch Menschen mit geringem Einkommen den Erwerb von Wohneigentum zu ermöglichen.

Hier sehen wir in der stärkeren Förderung genossenschaftlich organisierter Wohnformen oder Baugemeinschaftsprojekten einen Ansatz. Auch tritt die AfD für die Wiedereinführung der Eigenheimzulage ein. Neben staatlichen Zuschüssen ist aber dazu auch die gezielte Vergabe von Grundstücken denkbar. Und nicht zuletzt würde auch die Abschaffung der EnEV zu einer deutlichen Reduzierung der Baukosten führen.

#### **Frage 8**

---

Die Berechnung des Mietspiegels auf Grundlage der Daten von 10 statt von 4 Jahren ist ein Eingriff in den freien Wohnungsmarkt. Für den privaten Wohnungsbau ist entscheidend, daß die Investitionen über die Mieten refinanziert werden können. Wenn Mietspiegel auf Grundlage von 10 Jahre alten

Mietverträgen ermittelt werden, kann es zu einem Mißverhältnis zwischen der Entwicklung von Baukosten und Mieten kommen. Dies würde Investitionen in den Wohnungsbau erschweren. Wenn weniger Wohnungen gebaut werden, kommt es zu einer Wohnraumverknappung. Die Folge sind steigende Mieten.

Die AfD lehnt die Änderung des Erfassungszeitraumes von 4 auf 10 Jahren ab.

### **Frage 9**

---

Es ist unverständlich, daß die Anforderungen an Bestandsgebäude über die EnEV laufend erhöht werden, die Umlage der dafür erforderlichen Modernisierungsmaßnahmen auf die Mieten aber reduziert werden sollen. Es muss jedem klar sein, daß die Kosten für die Energiewende am Ende auch von den Mietern bezahlt werden müssen, denn die Kosten für Modernisierungsmaßnahmen müssen über die Mieten refinanziert werden.

Die AfD ist gegen die Verminderung der Modernisierungsumlage von 11 Prozent auf 9 Prozent.

### **Frage 10**

---

In Mecklenburg-Vorpommern gibt es nach wie vor viele ungenutzte innerstädtische Potentiale. Neben der Schaffung von Wohnraum ist aber auch die Rettung der kulturell wertvollen und vom Verfall bedrohten Bausubstanz eine wichtige Aufgabe. Denn die Altbauten zeugen von kultureller Vielfalt und großen handwerklichen Traditionen. Und sie prägen die Ortsbilder unserer Städte und Dörfer. Oftmals fehlen den Besitzern jedoch die Mittel für die Sanierung. Oder die gegenüber Neubauten teilweise deutlich höheren Sanierungskosten sind auf dem Wohnungsmarkt nicht zu refinanzieren. Hier braucht es staatliche Zuwendungen. Bisher sind die Städtebauförderungen aber oftmals auf bestimmte Sanierungsgebiete beschränkt. Diese Beschränkung sollte aufgehoben werden. Insgesamt sollte die Städtebauförderung entbürokratisiert werden.

Ganz besonders aber braucht es ein Nothilfeprogramm für die noch immer verfallenden Denkmäler in MV. Noch immer verlieren wir Teile unseres kulturellen Erbes und Zeugnisse unserer Geschichte. Insbesondere sind im Verfall befindliche Denkmäler zu sichern und vor dem vollständigen Verlust zu bewahren. Hier hat der Staat die Pflicht, den Erhalt durch Zuschüsse, zinslose Darlehen oder die Stellung von Kreditsicherheiten sicherzustellen. Die Denkmalschutzbehörden sind außerdem personell und finanziell der Wichtigkeit der Aufgabe entsprechend auszustatten, was derzeit überhaupt nicht der Fall ist.

Ich hoffe, Ihnen und Ihren Mitgliedern mit den vorstehenden Antworten einen Überblick über die Forderungen der AfD und mir persönlich gegeben zu haben und stehe für weitergehende Fragen oder für Erläuterungen sehr gerne zur Verfügung. Vielleicht sind Sie so freundlich und senden mir ein Exemplar der betreffenden Ausgabe zu. Herzlichen Dank dafür schon einmal im Voraus.

Freundliche Grüße.  
Dennis Augustin

AfD-Direktkandidat für den Wahlkreis 12

Augustin Architektur und Baugestaltung GmbH & Co. KG  
Am Rauchhause 2  
**22926 Ahrensburg**

Fon 04102 / 67 94 68  
Fax 04102 / 67 94 69  
[www.augustin-architektur.de](http://www.augustin-architektur.de)  
Geschäftsführer: Dipl. Ing. Architekt Dennis Augustin

Commerzbank - IBAN DE19 2008 0000 0724 9974 00 - BIC DRESDEFF200  
Kommanditgesellschaft - Sitz Ahrensburg - Amtsgericht Lübeck - HRA 4381 HL  
Komplementär IMPRO GmbH - Amtsgericht Lübeck - HRB 4502 HL